

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Mai 2012

Nr. 05 · 8. Jahrgang

Links informiert

3 Bürger für Brauhausberg/
1. Mai-Party in der Dortustraße

Babelsberg/Zentrum Ost

6-8 Forschungsreaktor/REWE, Griebnitzsee,
Schulen/Inwole und Stupa-Wahlen

Antifa

10/11 Neonazis in Brandenburg/
NS-Opferverbände einbeziehen

„Am Findling“ wurde „Willi-Frohwein-Platz“

Anlässlich des 89. Geburtstages von Willi Frohwein wurde am 27. März 2012 die feierliche Namensgebung für den Willi-Frohwein-Platz vollzogen. Willi Frohwein lebte viele Jahre in Potsdam, er verstarb am 12. Dezember 2009. Der bisher namenlose Platz im Bereich des Findlings an der Großbeerstraße/Einmündung Kopernikusstraße trägt entsprechend einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nunmehr den Namen Willi-Frohwein-Platz. Damit werden die Verdienste Willi Frohweins gewürdigt, der als Überlebender von Auschwitz und anderen Konzentrationslagern in seinem letzten Lebensabschnitt unermüdlich als Zeitzeuge auftrat und den jüngeren Generationen von den Verbrechen des Nationalsozialismus berichtete.

Anwesend waren Familienangehörige, Freunde und Wegbegleiter Willi Frohweins. Worte des Gedenkens sprachen Bürgermeister



Burkhard Exner und die Enkelin Willi Frohweins, Anke Knitter, die

in Rheinland-Pfalz lebt. Eine Erklärung des Vizepräsidenten des Internationalen Auschwitz-Komitees Christoph Heubner wurde verlesen. An der feierlichen Zeremonie nahm auch der Geschichtslehrer einer Realschule in Lengede (Niedersachsen) teil, die den Namen Willi Frohweins trägt. Bürgermeister Burkhard Exner sagte in seiner Rede: „Das Leid, das Willi Frohwein in seinem Leben erfahren

musste, darf nie dem Vergessen anheimfallen, weil niemals wieder in Deutschland Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Rasse verfolgt werden dürfen! Diese Mahnung hat eine traurige Aktualität: Vor wenigen Tagen wurden in Frankreich Kinder und erwachsene Menschen getötet, weil sie jüdischen Glaubens oder nicht-weißer Hautfarbe waren. Diese Mahnung bleibt auch bei uns aktuell, weil in Deutschland 13 Jahre lang eine nazistische Terrorzelle unerkannt ihr mörderisches Unwesen treiben konnte. Weil auch in unserer Stadt, in Potsdam, gelegentlich ein brauner Mob aufmarschiert, um Unsicherheit und Angst zu verbreiten.“

An einem Dienstag wurde das Straßenschild enthüllt. Am darauf folgenden Wochenende ist das Schild von Unbekannten mit schwarzer Farbe beschmiert worden. Die Randalierer haben auch die Blumengebinde auf dem Platz zertrampelt. Rathaussprecher Markus Klier äußerte „Betroffenheit“ angesichts des Vorfalles. Die Schmierereien würden beseitigt. Sollte sich das Schild tatsächlich als beschädigt erweisen, werde die Stadt Strafanzeige erstatten. Die Tat lasse sich durchaus als ein politisches Zeichen deuten, so der Rathaussprecher. Als was denn sonst?!

Auf ein Wort...

„Gute Arbeit für Europa – gerechte Löhne, soziale Sicherheit!“



Von Miriam Bürger

„Gute Arbeit für Europa - Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit“ – unter diesem Motto ruft der DGB in diesem Jahr zu seinen 1. Mai-Kundgebungen auf. Demonstriert wird mit europäischer Perspektive, für ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa. Denn das „Projekt Europa“ droht zu scheitern. Gegen die Banken-Euro-Wirtschaftskrise und die Pleite ganzer Staaten kennt die neoliberale Wirtschaftslogik nur ein Rezept: Sparen, sparen, sparen mit verheerenden Folgen für den Sozialstaat, das Lohnniveau und nicht zuletzt die Demokratie in Europa. Die Deutsche Regierung bildet die Speerspitze dieser Politik. Während die Arbeitsmarktpolitik der letzten 10 Jahre die Reallöhne sinken und Altersarmut zum Massenphänomen werden lässt, will die Bundesregierung die anderen europäischen Länder zu ähnlichen Reformen zwingen. Am 1. Mai auf die Straße zu gehen heißt, diese Politik zu bekämpfen! Europa kann nur gelingen, wenn der Reichtum konsequent gerecht verteilt wird – innerstaatlich und in-

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Bürgerbefragung gestartet

In ihrer 43. öffentlichen Sitzung hatte die SVV am 4. April 2012 die Durchführung der Bürgerbefragung zur Zukunft der Schwimmbadversorgung in Potsdam beschlossen. Die Befragung läuft seit dem 23.04. bis zum 07. Mai 2012 in Schriftform und im Internet. Teilnehmer sind alle wahlberechtigten PotsdamerInnen im gesamten Stadtgebiet. Zwei Fragen sind zu beantworten: Jeder soll sich entscheiden, ob der Neubau eines Sport- und Freizeitbades am Standort Brauhausberg oder am Standort Volkspark erfolgen soll.

Neben dem Fragebogen wenden sich der Oberbürgermeister Jann Jakobs und der SVV-Vorsitzende Peter Schüler mit einem Anschrei-

ben an die BürgerInnen. Auf der Rückseite dieses Anschreibens befindet sich zur Information eine Übersicht zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der beiden Varianten.

Die Befragung findet schriftlich statt und kann per Post oder online unter www.potsdam.de erfolgen. Das Zugangskennwort für die Online-Teilnahme sowie die Internet-Adresse befinden sich auf dem Fragebogen. Das Kennwort und der dazugehörige Strichcode gewährleisten eine einmalige Teilnahme. Jetzt liegt es an den PotsdamerInnen. Nehmen Sie teil an der Bürgerbefragung!

(mehr siehe Seite 3)

GUTE ARBEIT FÜR EUROPA
GERECHTE LÖHNE SOZIALE SICHERHEIT
DGB
1. MAI TAG DER ARBEIT

Potsdam am Brandenburger Tor

10.00 Uhr Demonstrationzug vom Platz der Einheit zum Brandenburger Tor

11.00 Uhr Kundgebung am Brandenburger Tor
„Gute Arbeit für Europa!“
Detlef Beer, Vorsitzender DGB Region Mark Brandenburg
Danny Hätzscher JAV-Vorsitzender Heidelberger Druckmaschinen AG
Kathrin Pfeißner ver.ö-Betriebsgruppe Stadterwaltung Potsdam
Lara Kalkbrenner JAV-Vorsitzender Märkische Verlags- und Druckgesellschaft mbH

Grüßwort: Solidarnosc Opole
anschl. Familienfest u. a. mit
• Polit-Talk-Runden
• The Hornets – Rock 'n' Roll Show
• Kitchen Grooves – Jazz/Swing
• Furiosa Samba Band
• Hüpfburg für die Kleinen
Für das leibliche Wohl ist gesorgt!

14.00 Uhr Ende der Veranstaltung

DIE LINKE.
Brandenburg
Potsdam

www.dgb.de

(Fortsetzung von SEITE 1)

nereuropäisch! Doch Demonstrieren allein reicht nicht. Andere Protestformen müssen an die Seite der traditionellen treten – insbesondere der politische Streik!

Die Autorin ist DGB-Jugendbildungsreferentin in Elternzeit und Mitglied der LINKEN, Ortsverband Potsdam-Mitte

Infostände unterstützten „Milch für Kubas Kinder“!

Eine Wette vom Genossen Klaus Jann mit einer befreundeten Reporterin sollte 4 Euro pro Infostand für die Hilfsaktion „Milch für Kubas Kinder“ einbringen. Bedingung der Wette war es, dass DIE LINKE dabei mindestens 400 Infostände am ersten Märzwochenende deutschlandweit organisiert. Dank der GenossInnen wurden an diesem Wochenende schließlich 432 Infostände realisiert, was 1728 Euro für die Hilfsaktion einbrachte. Potsdam beteiligte sich gleich mit vier Infoständen an dieser Aktion. Unser Dank gilt allen teilnehmenden GenossInnen. Auch so lebt die internationale Solidarität!

Nähere Infos unter:
www.lafontaines-linke.de/2012/03/400-infostaende-klaus-jann-wette-ramelow-artu/

Matthias Lack

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam

Bernd Martin (V.i.S.d.P.); Rainer Dyk, Redakteur; H. Jo. Eggstein, Layout;

Jens Hörnig, Reisen, Service; Gerlinde Krähnert, freie Mitarbeit; Renate Frenz, Redaktionssekretariat;

Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71;

email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr.

3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Großdemo „Mietenstopp JETZT!“

Seit einem viertel Jahr wird in Potsdam intensiv über die Wohnungssituation diskutiert. Wie dramatisch die Situation ist, ist allen klar, die in Potsdam jemals eine bezahlbare Wohnung gesucht haben. Ein Unterfangen, das immer öfter vergeblich bleibt.

Und während die Mieten immer schneller steigen, immer mehr Menschen sich gezwungen sehen, ihre Wohnung aufzugeben, ja die Stadt zu verlassen, üben sich Politik

und Wohnungsunternehmen in Beschwichtigungsritualen.

Jann Jakobs z.B. feiert die Schaffung von 1.200 Belegungsbindungen für sozialverträgliche Mieten als Riesenerfolg und verschweigt, das dies nur ein Ersatz für ein Fünftel (!) der in den nächsten Jahren wegfallenden Wohnungen mit sozialer Mietbindung ist.

Doch immer mehr Menschen können nicht darauf warten, dass vom großen Kuchen des Potsda-

mer Stadtumbaus ein paar Krümel für den sozialen Wohnungsbau abfallen.

Aus diesem Grund ruft das Potsdamer Bündnis „Mietenstopp jetzt!“ für den 2. Juni zu einer Großdemonstration gegen Mietsteigerungen und Wohnungsnot auf.

Wir rufen alle, die in dieser Stadt kaum noch eine Wohnung finden, die ihre Miete (bald) nicht mehr bezahlen können, die durch Lu-

xussanierungen aus ihren Wohnungen vertrieben werden, die von Vermietern schikaniert werden auf, mit uns am 2. Juni auf die Straße zu gehen und in einem großen, lauten und bunten Demonstrationzug zu zeigen, dass es uns reicht, dass wir nicht mehr bezahlen können und dass wir uns das nicht mehr gefallen lassen.

Kommt mit Eurer Familie, mit FreundInnen und NachbarInnen. Bringt Töpfe und Vuvuzelas mit, zeigt lautstark, dass Ihr da seid und dass Ihr nicht weggehen werdet!

Wir werden in zwei Demonstrationzügen von Potsdam-West über die Innenstadt bzw. von Babelsberg über Zentrum-Ost zum Alten Markt ziehen. Von dort geht es gemeinsam zur Abschlusskundgebung auf dem Bassinplatz.

www.mietenstopp.tk

mietenstopp_jetzt@gmx.de

Die Treffpunkte am 2. Juni sind:
13.00 Uhr Tramhaltestelle Schloss Charlottenhof und 13.00 Uhr S-Bahnhof Babelsberg



Lebenshilfe geben ist das Programm

Der „Humanistische Verband“ zu Gast im Seniorentreff der LINKEN/Von Karl Kreutz

Im Seniorentreff in der Alleestr. 3 war der Humanistische Verband zu Gast. Juliane Nitsche, Vorsitzende des Verbandes Potsdam/Potsdam-Mittelmark berichtete über die Arbeit des Verbandes und beantwortete die vielen Fragen.

Der Humanistische Verband ist ein Verein, dessen Mitglieder ehrenamtlich arbeiten. Der Verband hilft und rät in und für alle Abschnitte des Lebens. Er steht solchen Menschen zur Seite, die nicht religiös gebunden sind. Das beginnt schon unmittelbar nach der Geburt eines Kindes mit der Namensfeier als einem Willkommen im Leben, für die Aufnahme in der Familie,

in Freundes- und Bekanntenkreis und die Übernahme von Patenschaften. Die Namensfeier ist ein feierliches Ritual im Kreise der Familie und mit guten Freunden und Bekannten. Mit der Namensfeier werden dem Kind Paten gegeben, die die Eltern ausgewählt haben und die deren Vertrauen genießen. Der zeremonielle Teil der Feier endet mit der Unterzeichnung der Urkunden und den Wünschen für das Namenskind. Natürlich übernimmt der Verband alle organisatorischen Dinge, damit die Namensfeier unauslöschlich in guter Erinnerung bleibt.

Das Kind wächst heran, es kommt

der Tag, an dem es in die Reihen der Erwachsenen aufgenommen werden soll. Hier hilft wieder der Humanistische Verband mit der Jugendfeier. In Vorbereitung auf diesen großen Tag steht ein ganzes Programm. Da gibt es verschiedenste Veranstaltungen wie Berufsberatung, sozusagen Berufe nach Anpassen, Projekte zur Konfliktlösung, Erste-Hilfe-Kurs oder Quad-Fahren bei der Verkehrswacht. Von Mädchen gerne mitgenommen: Ratschläge zum Schminken und zur Frisur. Auch Exkursionen stehen im Programm. Und dann kommt der große Tag der Jugendfeier, hier in Potsdam

zumeist im Nikolaisaal oder im Schlosstheater.

Ein weiterer Bereich ist das Projekt Humanistische Bildung als Pendant zum Religionsunterricht zurzeit in den Klassen 1 bis 4. Hier treffen sich unter anderem Zeitzeugen mit den Kindern.

Aber auch für die schweren Zeiten und die späteren Probleme im Leben steht der Humanistische Verband als Helfer zur Seite. So beraten seine Mitarbeiter kostenlos bei Patientenverfügungen. Sie helfen bei der Trauerbewältigung, wenn das Unabänderliche eintritt. Lebenshilfe geben, das ist das große Programm des Humanistischen Verbandes.

Die Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Umwelt und Natur, informiert:

3. Geben- und Nehmen-Markt am 12. Mai im Neuen Lustgarten

Es ist Frühling. Viele Menschen werden jetzt wieder aktiver in Haus und Hof. Keller und Dachboden werden aufgeräumt und die Wohnung umgestaltet. Übrig bleiben dann viele nützliche und noch brauchbare Dinge, von denen man sich trennen muss. Der 3. Geben- und Nehmen-Markt kann dabei helfen, den Trennungsschmerz etwas einzudämmen. Durch die kostenlose Abgabe und die freudige Weitergabe an eine neue Besitzerin oder Besitzer brauchen liebgeordnete Gegenstände

nicht über den Abfall entsorgt werden. Auch umgekehrt kommt es vor, dass noch ein ergänzendes Detail in der Wohnung fehlt.

Das sind ideale Voraussetzungen, um den 3. Geben- und Nehmen-Markt zu besuchen oder sich z. B. durch einen eigenen Stand zu beteiligen. Alternativ kann man die Gegenstände auch an einem der Sammelstände abgeben. Beiden Formen ist aber gemeinsam, dass die angebotenen Gegenstände kostenlos mitgenommen werden dürfen. Natürlich kann auch

getauscht werden, was aber keine Voraussetzung ist.

Damit der 3. Geben- und Nehmen-Markt abermals ein Erfolg wird, bedarf es erneut einer großen Anzahl an Mitstreitern, Spendern und natürlich auch vielen Besucherinnen und Besuchern. Alle sind herzlich eingeladen, wieder den Markt mitzugestalten. Am 12. Mai 2012 darf daher wieder zwischen 10 und 15 Uhr auf dem Platz im Neuen Lustgarten nach Herzenslust getauscht, abgegeben und mitgenommen werden –

ohne einen Cent oder Euro! Hinweis: Jeder kann seinen eigenen Stand spontan und möglicherweise nur für wenige Stunden nach Platzzuweisung kostenlos aufbauen. (Aufbau und Abbau jeweils eine Stunde davor bzw. danach). Auch wird wieder eine begrenzte Anzahl an Marktständen bereitgestellt. Dafür ist eine Voranmeldung aber notwendig.

Weitere Informationen erhalten Sie wie immer bei der Abfallberatung, Telefon 0331 289-1796.



Fortschritt für Tierheim in Potsdam

Das Potsdamer Tierheim soll im Sago-Gelände an der Michendorfer Chaussee entstehen. Der Oberbürgermeister ist auf Antrag der LINKEN von der Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden, die Ausschreibung des städtischen Grundstücks für eine Tierbetreuungseinrichtung in die Wege zu leiten. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt gegangen worden, dass Potsdam endlich wieder ein eigenes Tierheim erhält. Das von der Verwaltung favorisierte Grundstück in Eiche ist bereits im Dezember vom Hauptausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Dagegen bleibt das dritte vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Grundstück an der Marquardter Straße in Fahrland noch für den Fall im Rennen, dass aus dem Sago-Gelände doch nichts wird. DIE LINKE drängt darauf, dass der Oberbürgermeister jetzt zügig handelt. Wir werden auch künftig darauf achten, dass der Tierchutzverein Potsdam nicht benachteiligt wird, sondern eine faire Chance als gut geeigneter Bewerber erhält.

Bürgerbefragung ist große Chance

Nach der Befragung zum Standort des Landtagsneubaus im Dezember 2006 wird mit der stadtweiten Bürgerbefragung zum Badneubau zum zweiten Mal die Meinung der Potsdamer zu einem wichtigen Vorhaben eingeholt. In beiden Fällen hat sich DIE LINKE immer wieder für eine solche Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und ist mehrfach am Widerstand des Oberbürgermeisters

und der ihn tragenden Fraktionen gescheitert. Schon im Januar 2010 hatten SPD, CDU, Grüne und FDP beschlossen, die Schwimmhalle am Brauhausberg ersatzlos abzureißen und im Bornstedter Feld ein neues Bad zu bauen. Es ist dem energischen Widerstand der Initiative Pro Brauhausberg und dem konsequenten Drängen der Linken zu verdanken, dass es nun doch noch die vorher zwei Mal abge-

lehnte Bürgerbefragung gibt. Es war eine Schlussfolgerung aus der ersten Befragung, dass das Ergebnis möglichst eindeutig sein und keine Manipulierung ermöglichen soll. Deshalb ist die jetzt beschlossene klare Gegenüberstellung des Baus eines Sport- und Freizeitbades am Brauhausberg oder im Bornstedter Feld eine Entscheidung über den besseren Standort.

DIE LINKE spricht sich dabei aus

guten Gründen für den Brauhausberg aus. Dagegen haben die Fraktionen der Rathauskooperation und der Oberbürgermeister kein Hehl daraus gemacht, dass sie auch nach dem Werkstattverfahren das Bornstedter Feld bevorzugen. Es bleibt zu hoffen, dass möglichst viele Potsdamer ihre Chance nutzen, unmittelbar auf diese wichtige Entscheidung Einfluss zu nehmen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse UND Geschäftsstelleneröffnung

Wie in jedem Jahr, so ist auch dieses Jahr DIE LINKE bei der traditionellen Demo am 1. Mai sowie anschließend auf dem Luisenplatz vertreten. Dieses Jahr allerdings gibt es ein besonderes Schmankerl der Potsdamer LINKEN: Nach Ende der Feierlichkeiten auf dem Luisenplatz erfolgt ab 14.00 Uhr (open end) die offizielle Eröffnung der neuen Geschäftsstelle in der Dortustraße 53. Für Speis', Trank und Musik ist gesorgt, und es wird wieder die Veranstaltung „DIE LINKE lacht... Satire und Kommunismus“, allerdings mit neuen Witzen, geben.

Und hier die neuen Kontaktdaten:

DIE LINKE. Kreisverband Potsdam
 Dortustraße 53, Atrium in 14467 Potsdam
 Telefon 0331 / 58 39 24 44
 Telefax 0331 / 58 39 86 52
 E-Mail: info@dielinke-potsdam.de
 Internet:
 www.dielinke-potsdam.de
 Facebook: www.facebook.com/DIELINKE.Potsdam



ÖPP- Verfahren für Schulen gescheitert

Der vom Oberbürgermeister und der Rathauskooperation, insbesondere der SPD getragene Versuch, mehrere Schulen durch ein ÖPP- Projekt zu sanieren, ist gescheitert. Ein aufwändiger und teurer Umweg. DIE LINKE hatte von vornherein Bedenken angemeldet, das Humboldt-Gymnasium, das Einstein-Gymnasium und die Goethe-Schule sowie die Beethoven-Schule in Babelsberg durch ein Privatunternehmen sanieren zu lassen, das diese Schulen dann über zwanzig Jahre an die Stadt vermietet. Jetzt hat sich bestätigt, dass die Sanierung genau so gut, eher besser, vom Kommunalen Immobilienservice der Stadt realisiert werden kann. DIE LINKE hat daraufhin gefordert, dass unverzüglich umgesteuert wird. Am 4. April wurde schon der geänderte Wirtschaftsplan des KIS beschlossen, um für die betroffenen Schulen eine zeitnahe Sanierung zu sichern.

„Wo das Auge mit Entzücken schweift“

Mai 1747

Am 01. Mai 1747 war das durch Friedrich II. herbeigesehnte Ereignis endlich heran - die Einweihung des Schloss Sanssouci konnte stattfinden, obwohl der Bau noch nicht vollständig fertig war. Das tat der Freude keinen Abbruch. Friedrich II. schrieb voller Begeisterung an seinen Freund Marquis d'Argens eine Ode, in der es heißt:

„Hoch auf eines Hügels Rücken,
/ Wo das Auge mit Entzücken /
Schweift, soweit der Himmel blau,
/ Hebt gebietend sich der Bau. /
Hohe Kunst ward dran gewendet;
/ Sorglich schuf und meisterlich /
Mit des Meißels Hieb und Stich /
Steingestalten formvollendet, /
Die das Ganze prächtig
schmücken, / Ohne lastend es zu

drücken...“ Nicht verwunderlich solche Zeilen voller enthusiastischer Einfühlsamkeit von einem Mann mit Geist, erstaunlich aber bei einem absoluten Monarchen der deutliche Hinweis auf den einfachen Handwerker, den Arbeiter, der da „Sorglich schuf und meisterlich / Mit des Meißels Hieb und Stich / Steingestalten formvollen-

det.“ Das hat Friedrich II. aber nicht davon abgehalten, die, die für ihn sorglich schufen, in seinen Kriegen um die Vormachtstellung Preußens in Europa verbluten zu lassen. Und so mancher Befehl dazu kam aus dem Schlosse, das Friedrich II. so jubelnd in seiner Ode begrüßt hatte.

-rt

„Jedermann an jedem Ort...“

Mai 1952

Am 03. Juni 1959 äußerte Walter Ulbricht beim „Treffpunkt Olympia“ im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark Berlin einen seinen wohl bekanntesten Sätze: „Jedermann an jedem Ort einmal in der Woche Sport!“

Doch schon Jahrzehnte zuvor hatte die Propagierung und Organisation von Sport in der deutschen Arbeiterbewegung einen festen Platz inne - erinnert sei an die Arbeitersportvereine und – beispielsweise – an den durch die Nazijustiz in Potsdam verurteilten und in Brandenburg hingerichteten Arbeitersportler Werner Seelenbinder.

Auch schon in den frühen Jahren der DDR zählte die Entwicklung und Förderung des Breitensports zu den gesellschaftlichen Tugen-

den. Zwei Beispiele aus Potsdam: Ab dem 02. Mai 1952 begann in der Schule 7 Am Finkenweg der

Unterricht mit einigen Minuten Gymnastik, „...bei der unsere Kinder mit Begeisterung dabei sind...“



berichtete die „Märkische Volksstimme“.

Am 17./18. Mai 1952 beteiligten sich 300 Lehrer und Erzieher an einem Sportfest unter dem Motto „Bereit zur Arbeit und Verteidigung des Friedens“. Und es gab erstaunlich gute Breitensportliche Leistungen!

Über 800 m Frauen siegte Frau Zabel in 2:48,0 min.; die 4x100m-Staffel der Frauen siegte in 58,3 sec.; über 1500 m Männer gewann Herr Nespethal in 4:20,5 min.; über 5000 m Männer siegte Herr Kalkhoff in 16:56 min.; die 4x100m-Staffel Männer gewann in 47,0 sec.; die 3x1000m-Staffel Männer holt sich den Sieg in 9:07 min. und den Speerwurf Männer entschied Herr Purder mit 46,43 m für sich.

Großes Kunstinteresse

Mai 1962

Das Interesse an der bildenden Kunst war von jeher groß bei den Potsdamern. So auch bei der 6. Bezirkskunstausstellung vom 05. Mai - 11. Juni 1962. Von den 87 im Bezirk Potsdam lebenden bildenden Künstlern hatten 60 etwa 300 ihrer Werke eingereicht und eine Jury wählte davon 150 aus.

Groß auch war das Interesse der gesellschaftlichen Verantwort-

ungsträger. Am 10. Juni 1962 nämlich kam im Marsstall mit einigen Künstlern zusammen, was Rang und Namen hatte: Mitglieder des Büros der Bezirksleitung Potsdam der SED mit ihrem 1. Sekretär, Kurt Seibt, Vertreter vom Rat des Bezirkes, des Bezirksvorstandes Potsdam des FDGB, des Büros der Stadtleitung Potsdam-Stadt der SED, des Rates der Stadt Potsdam

und Parteisekretäre einiger Betriebe des Bezirkes. Großer Bahnhof!

Da wird Werner Nerlich, Vorsitzender des Bezirksverbandes der bildenden Künstler Potsdam, seine Sorgen mit dem Protokoll gehabt haben. Dennoch stellte er „...fest, dass diese Ausstellung im Gegensatz zu den bisherigen des Potsdamer Verbandes bildender Künst-

ler ein großer Schritt vorwärts ist.“

Das müssen auch die Besucher so gesehen haben, denn immerhin kamen in der ersten Woche bereits 1.200 von ihnen. Doch damit nicht genug. Des großen Andrangs wegen musste die Ausstellung bis zum 17. Juni 1962 verlängert werden.

Auf den Spuren von Thälmanns Mördern

Mai 1962

Es geschah am 24. Mai 1962: Der Leiter der Auslandsabteilung des DEFA-Studios für Wochenschau und Dokumentarfilm, Alfred Großer, und der Chefkameramann des DEFA-Augenzeugen in Westdeutschland, Peter J. Hellmich, wurden in Geldern (Nordrhein-West-

falen) inhaftiert. Alfred Großer war mit einem ordentlichen Visum eingereist und Peter J. Hellmich als Journalist in der BRD akkreditiert. Warum also die Verhaftung? Sie hatten den Auftrag, für den „Augenzeugen“ einen Bericht mit Originalaufnahmen über die in der

BRD lebenden Mörder Ernst Thälmanns, Alfred-Werner Berger und Wolfgang Otto, zu liefern.

Muss das kommentiert werden?

„Der Gejagte“

Mai 1962

Am 19. Mai 1962 erlebte Potsdam einen kinematographischen Höhepunkt seiner Geschichte: Die Freilichtbühne am Karl-Liebknecht-Sportplatz wurde neu in Betrieb

genommen. Der VE Kreislichtspielbetrieb Potsdam war eigens mit einem neuen Filmwagen gekommen, um den französischen Mantel- und Degenfilm „Der Gejagte“

(P14) mit Jean Marais in der Hauptrolle zu zeigen. Sicher ist, dass - im Gegensatz zu anderen Filmen - die Zuschauer nicht hingejagt werden mussten.



Feierliche Namensgebung für den Heiner-Carow-Platz

In Potsdam Kirchsteigfeld fand am 29. März die offizielle Benennung des Heiner-Carow-Platzes anlässlich der Uraufführung des Filmes „Die Legende von Paul und Paula“ am 29.03.1973 statt. Heiner Carow war ein mehrfach ausgezeichnete deutscher Filmregisseur und Vizepräsident der Akademie der Künste der DDR sowie Mitglied der Westberliner Akademie der Künste. Viele seiner Filme wurden in Babelsberg produziert.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bauen Matthias Klipp hielt ein Grußwort bei der Veranstaltung. Matthias Klipp: „Ich freue mich darüber, dass wir heute diese Namensgebung feierlich vollziehen können. Die Filmstadt Potsdam tut gut daran, Heiner Carow an diesem Tag zu ehren!“

Der 1929 in Rostock geborene und 1997 in Berlin verstorbene Regisseur Heiner Carow steht für sozial und politisch engagierte Filme wie „Bis dass der Tod Euch scheidet“, „Die Legende von Paul und Paula“ oder „Coming Out“, für den er 1990 auf der Berlinale mit dem Silbernen Bären ausgezeichnet wurde. Zur Bilanz des Filmemachers gehören Kinder- und Jugendfilme wie „Ikarus“ oder die Verfilmung von Benno Pludras „Reise nach Sundevit“ ebenso wie Dokumentarfilme. Er führte Regie am Theater seiner Geburtsstadt Rostock und arbeitete in den 90er Jahren für das Fernsehen.

Der Heiner-Carow-Platz liegt im Neubaugebiet Kirchsteigfeld zwischen Hirtengraben und Dorothea-Schneider-Straße und eignet sich zum Beispiel für Kinder-, Sport- und Wohngebietstfeste oder Märkte.

Vorschläge der LINKEN für den Haushalt 2012

1. Weiterführung der Finanzierung für Bildung in Kitas und Grundschulen

Für die Beratung von Schulen und Kitas im Rahmen des GOrBiKs-Prozesses (GOrBiKs - Gemeinsamer Orientierungsrahmen für Bildung in Kitas und Grundschulen) sind für die Standorte:

- Waldstadt-Grundschule mit Kita „Abenteuerland“ und Hort „Rasselbande“
- Rosa-Luxemburg-Grundschule mit Kitas „Havelsprotten“, „Clara Zetkin“ und Hort „Inselmäuse“
- Gerhart-Hauptmann-Grundschule mit Kita „Tausendfüßler“

je Standort 6.000,- Euro, insgesamt 18.000,- Euro in den Haushalt einzustellen.

Deckungsquelle: Eingesparte Personalmittel Fachbereichsleitung Schule und Sport

2. Schülerbeförderungskosten weiter senken

Für die Erhöhung der Subventionierung des Potsdamer Schülertickets sind zusätzlich 63.000,- Euro in den HH 2012 einzustellen und anteilig auf die Nutzer des Angebots aufzuteilen.



Deckungsquelle: Eingesparte HH-Mittel in Höhe von 63.000,- Euro durch Kostenübernahme Bund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets.

3. Kleinteilige Maßnahmen Schulwegsicherung

Zur Durchführung kleinteiliger Maßnahmen im Rahmen des Schulweg-Sicherungskonzepts sollen 50.000,- Euro in den Haushalt eingestellt werden.

Deckungsquelle: Zweckbindung der Summe aus den allgemeinen Mitteln für Straßenbau und -unterhalt, aufkommensneutral.

4. Anspruch auf kostenloses Schulessen für Kinder aus Familien mit Leistungsbezug nach SGB II

Für die Versorgung mit kostenlosem Schulessen für Schülerinnen und Schüler aus Familien mit Leistungsbezug nach SGB II werden zusätzlich 170.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Deckungsquelle: sonstige schulische Aufgaben

5. Qualitätsparameter Kita-Betreuung, Versorgung mit Frühstück und Vesper

• Für die Umsetzung der Qualitätsparameter Kita-Betreuung (Finanzierung der Eingewöhnung/Fortbildung des pädagogischen Personals/10 % pro pädagogischer Leistungsfreistellung) sind insgesamt 325.000 Euro in den Haushalt 2012 einzustellen.

• Die in der Kita-Finanzierungsrichtlinie veranschlagten Kosten für die Versorgung mit Frühstück und Vesper gemäß KitaGesetz in

Höhe von 625.000 Euro sind in den Haushalt 2012 einzustellen.

Deckungsquelle: Mehrausgaben

6. Theaterschiff Potsdam e.V.

Um die Spielfähigkeit des Theaterschiff Potsdam e.V. zu gewährleisten, werden 15.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Deckungsquelle: Zuwendungen Allg. Umlage

7. Vorbereitung Uferweg Speicherstadt

Zur Erarbeitung der Genehmigungsplanung für einen vorgelagerten Uferweg im Mittelabschnitt der Speicherstadt in Länge von ca. 160 Meter werden anteilige Planungskosten in Höhe von 50.000,- Euro in den Haushalt eingestellt.

Deckungsquelle: Extern beauftragte Gutachten

8. Zinssubventionsierungsprogramm

Mittel für das Zinssubventionsierungsprogramm sind von 20.000 Euro um 10.000 Euro auf 30.000 Euro zu erhöhen.

Deckungsquelle: Mehreinnahmen Gewerbesteuer

9. Uferbühne am Hans Otto Theater

Für die Vorbereitung der Errichtung der Uferbühne am Hans Otto Theater werden 79.000 Euro für notwendige Planungsarbeiten, Gutachten und Messungen in den Haushalt 2012 eingestellt.

Deckungsquelle: Beschaffung von Parkautomaten

Immer noch kein Stadthaushalt

Nachdem die Fraktionen der Rathauskooperation sich im März noch nicht auf ihre Haushaltsanträge einigen konnten, haben sie jetzt eine weitere Verschiebung der Beschlussfassung zum Stadthaushalt für 2012 auf die Maisitzung durchgesetzt. Damit wird die Landeshauptstadt voraussichtlich erst in der zweiten Jahreshälfte einen genehmigten Haushalt haben. Begründet wurde die erneute Verschiebung mit dem Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, der allerdings keine Überraschung war. DIE Linke hatte ihre Änderungsanträge schon im März vorgelegt (*siehe unten auf dieser Seite*).

Kunsthalle für Potsdam

Der Milliardär Hasso Plattner will in der Stadt Potsdam eine Kunsthalle bauen, in der er schrittweise auch seine eigene Sammlung ausstellen möchte. Das ist eine echte Chance, auf hohem Niveau endlich eine immer wieder benannte Lücke im Kulturangebot unserer Stadt zu schließen. Dieses gute Anliegen sollte jedoch nicht dadurch entwertet werden, dass es mit der Auseinandersetzung um die Zukunft des Mercure und der Weißen Flotte verknüpft wird. Es gibt andere Standorte auch in der Stadtmitte, die gut geeignet sind für den Bau einer solchen Kunsthalle. Es lohnt sich, diese Diskussion um den besten Standort mit dem Anspruch zu führen, dass sich möglichst alle über dieses Geschenk von Herrn Plattner freuen können.

Einbahnstraßen für Radfahrer geöffnet

Die Landeshauptstadt Potsdam hat jetzt entschieden, fünf Einbahnstraßen für Fahrradfahrer zu öffnen. In den folgenden Straßen ist die Durchfahrt nun erlaubt:

- Wilhelm-Staab-Straße zwischen Ebräerstraße und Charlottenstraße (Innenstadt)
- Bäckerstraße (Innenstadt)
- Brandenburger Straße zwischen Am Bassin und Friedrich-Ebert-Str. (Innenstadt)
- Stadtheide (Potsdam West)
- Stormstraße (Potsdam West)

Durch die Öffnung von fünf Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung gewinnt das Radroutennetz von Potsdam weiter an Attraktivität. Den Radfahrerinnen und Radfahrern bleiben so unnötige Umwege erspart und direkte Verbindungen werden möglich. Zusätzlich profitieren die Fußgänger von für Radfahrer in beiden Richtungen geöffneten Einbahnstraßen und fühlen sich sicherer, da Radfahrer bei geöffneten Einbahnstraßen nicht mehr illegal auf Fußwegen fahren und somit die Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern zurückgehen.

„Demokratische Selbstbefriedigung“ bezüglich des Forschungsreaktors?

Das Abgeordnetenhaus von Berlin und diverse Fachausschüsse sowie die Reaktorsicherheitskommission (RSK) des Bundes haben noch keine abschließende Bewertung zur Sicherheit des Forschungsreaktors BER II abgegeben. Und dennoch ging die Meldung, dass der Forschungsreaktor des „Helmholtz-Zentrums Berlin für Materialien und Energie“ (HZB) am 28.03.2012 wieder angefahren wurde, durch die Presse.

Wer handelt hier eigentlich für wen, in wessen Auftrag und mit welchen Interessen?

In der Anhörung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt sprachen Parlamentarier noch davon: „Diese beiden Dinge, sowohl das Risiko, das mit dieser Anlage verbunden ist, als auch die Möglichkeit, die dortigen Forschungskapazitäten zu erhalten, müssen wir gemeinsam im Parlament abwägen“. Weiter heißt es: „Heute wäre ein solcher Reaktor sicher nicht genehmigungsfähig. Er erfüllt nicht die Leitlinien der RSK der frühen 80-er Jahre.“ Bei dieser Anhörung wurde nochmals klar formuliert, dass der Forschungsreaktor bei einem Flugzeugabsturz bei der eintretenden Kernschmelze innerhalb von einer Stunde 1/10 der von den drei Fukushima-Reaktoren freigesetzten Aktivität je nach Windrichtung über Berlin oder Potsdam abladen wird. **Etlche Gebiete würden auf Jahrzehnte unbewohnbar werden. Man geht von einer dauerhaften Umsiedlung von 3200 bis 9200 Personen auf einer Fläche von 4,7 bis 14 km² aus.** Laut Atomgesetz hat der Betreiber für solche Fälle eine Deckungsvorsorge zu erbringen, für den Forschungsreaktor sind es lächerliche 18,5 Mio. DM. Wer sich darüber hinaus für die Fragen von Evakuierung und Umsiedlung bei nuklearen Katastrophen in Deutschland interessiert, dem sei die Antwort auf eine Kleine Bundestagsanfrage der Grünen aus dem Jahr 2010 empfohlen (17/2871).

Ich nenne es „demokratische Selbstbefriedigung“, wenn augenscheinlich das HZB auf keinerlei parlamentarische Entscheidung warten musste. Mir scheint, dass es nun dem Bund und dem Land Berlin so wie dem Zauberlehrling ergeht, dem die Dinge, die er einst schuf, nicht mehr gehorchen. Eigentlich ist das HZB ein Forschungszentrum mit nur zwei Gesellschaftern, dem Bund zu 90%



und dem Land Berlin zu 10%, d.h. das HZB existiert ausschließlich auf der Grundlage öffentlicher Finanzierung. Dennoch scheinen die Geldgeber nicht mehr das entscheidende Stimmrecht zu haben.

Wie ist das HZB in die Forschungslandschaft eingebunden?

Das HZB ist ein selbständiges Forschungszentrum in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, einem eingetragenen Verein. Der Bundesrechnungshof bezieht eine kritische Haltung zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Helmholtz-Gemeinschaft. Es wird kritisiert, dass für die Forschungsmittel von jährlich ca. 3 Mrd. Euro in der Helmholtz-Gemeinschaft ein „transparenter Wettbewerb um die Fördermittel fehlt“. Weiterhin werden für 2009 „außertarifliche Sonderzahlungen über 16 Mio. Euro ohne belastbare Zahlungsgrundlagen“ kritisiert.

Wie organisiert das HZB die Forschung an ihrer Neutronenquelle BER II? In der Anhörung des Wissenschaftsausschusses hat die wissenschaftliche Geschäftsführerin des HZB berichtet: „Diese Messzeit ist immer etwa um den Faktor zwei überbucht. Wir haben

ein internationales Gremium von Experten, und die wählen aus, wer messen kann.“ Übrigens kosten die Messzeiten die Forscher nichts – egal, aus welchem Land sie kommen. Dafür kommt der Steuerzahler mit 35 Mio. Euro jährlich auf. Ein Gedankenexperiment zum Vergleich: *Wenn sich Berlin ein Alpincenter vom Feinsten aufbauen würde und jeder kann ohne Eintritt rein, könnte man dann aus der Länge der Schlange der Wartenden vor der Skihalle etwas über das Erfordernis einer öffentlichen Förderung aussagen?*

Am BER II gibt es keine Forschungsstrategie.

Die Anträge auf Messzeiten, d.h. der „Spieltrieb“ der Forscher bestimmt den Inhalt. Ernsthafte Forschung hat sich meiner Meinung nach an den Bedürfnissen der Gesellschaft zu orientieren. Das HZB lässt sich nicht hinter die Kulissen schauen, wem die Messzeiten nützen. Für mich ist es eine indirekte steuerfinanzierte Forschung für die Industrie.

Es ist bekannt, die Zukunft gehört alternativen Neutronenquellen. Deutschland hat sich für die Europäische Spallationsneutronenquelle (ESS) in Schweden entschieden. Darauf bereitet sich das HZB intensiv vor. „Am Bau der

ESS sind 17 europäische Länder beteiligt, ... die Gesamtkosten für Planung, Bau und Betrieb der ESS werden auf 1,48 Milliarden Euro geschätzt.“ Und dennoch vermochte die wissenschaftliche Geschäftsführerin des HZB, Frau Prof. Dr. Kaysser-Pyzalla, in der Anhörung mit der Forderung nach einer kleinen, zusätzlichen, öffentlich geförderten Spallationsquelle in Berlin, zu überraschen – für mich ein Zeichen eines realitätsfernen Traumes.

Bund und Land sollten schleunigst begreifen, dass sie als alleinige Geldgeber zu viele Entscheidungskompetenzen abgegeben haben. Dazu müsste wahrscheinlich der Gesellschaftsvertrag des HZB überarbeitet werden. Ziel sollte es sein, den ältesten deutschen Forschungsreaktor so früh wie möglich in Rente zu schicken.

Ich werde mich aktiv dafür einsetzen, dass bei der Potsdamer Kommunalwahl 2014 die Haltung zum Forschungsreaktor ein Wahlprüfstein sein wird.

Dr. Stephan Worsack,
DIE LINKE.Ortsverband Babelsberg/
Zentrum Ost

Als neue Informationsplattform steht seit Ostern der Internetauftritt des Anti-Atom-Bündnisses Berlin und Potsdam zur Verfügung <http://www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/>

REWE plant Anfang September die Eröffnung

Speziell die BürgerInnen von Zentrum-Ost haben es noch gut in ihrer Erinnerung: Eine neue Kaufeinrichtung sollte nicht mehr in ihren Kiez kommen. Das rief natürlich ihren Protest hervor. Unterschriften wurden gesammelt. Und DIE LINKE war auf Seiten der BürgerInnen im Kampf um eine Folgeeinrichtung. Mit Erfolg – wie schon jetzt ersichtlich: Die neue REWE-Halle ist bereits aus der Erde gewachsen (Foto). Und wie wir aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen erfahren haben, können sich die Zentrum-Ostler freuen – REWE will voraussichtlich Anfang September 2012 eröffnen.

Foto: bm



Die Bürger und der Uferweg am Griebnitzsee

Gleich drei Punkte zum Uferweg am Griebnitzsee fanden sich auf der Tagesordnung der 43. Sitzung der SVV am 4. April 2012. Allerdings sind die Motive und Hintergründe für die drei Beschlussvorlagen recht unterschiedlich.

Der von der LINKEN gestellte Antrag, parallel zum Aufstellungsverfahren des B-Planes Nr. 125 „Uferzone Griebnitzsee“ die Voraussetzungen für die Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee oder einer ähnlichen Form des bürgerschaftlichen Engagements zu klären und darüber spätestens mit dem Satzungsbeschluss zu berichten, unterstützt das Anliegen, am Griebnitzsee einen öffentlichen durchgängigen Uferweg zu schaffen, ebenso wie der Antrag der Verwaltung Dritte

Satzung zur Änderung der Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des B-Planes 125 „Uferzone Griebnitzsee“ der Landeshauptstadt Potsdam.

Diese 3. Satzungsänderung war notwendig geworden, weil der Entwurf des B-Planes u. a. durch mehrfache Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung, der B-Plan selbst durch die Änderung seines Geltungsbereiches und durch die Nichteinhaltung der bereits beschlossenen Geltungsdauer aufgrund der widerstreitenden Interessen einiger Eigentümer nicht von Bestand sein konnte.

Ziel auch dieser 3. Satzungsänderung ist es nach wie vor, die Planungen in diesem Bereich zu sichern.

Beide Anträge, die mehrheitlich

von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurden, unterstützen den politischen Anspruch, perspektivisch einen freien Uferweg am Griebnitzsee entstehen zu lassen.

Die FDP hingegen stellt mit ihrem Antrag „Bürgerbefragung Uferweg Griebnitzsee“ diesen Anspruch in Frage. Die Bürger sollen, so der Text des Antrages, „die Möglichkeit bekommen, sich für oder gegen einen, gemäß den im Uferkonzept festgelegten Bestimmungen, vollständig erschlossenen Uferweg am Griebnitzsee für den geschätzten Gesamtpreis von 30 Mio. € auszusprechen“.

Die FDP war noch nie ein glühender Verfechter der Idee dieses freien Uferweges. Sie machte nie einen Hehl daraus, dass für sie der

Weg der Enteignung als letztes Mittel in der Auseinandersetzung zwischen der Stadt Potsdam und Grundstückseigentümern um den öffentlichen Weg nicht in Frage kommt.

Jetzt versucht sie, ihre ablehnende Haltung, die sie bisher weder in der Stadtverordnetenversammlung noch in der Öffentlichkeit durchsetzen konnte, über eine Bürgerbefragung mit einem demokratischen Deckmantel zu platzieren.

Der Antrag wurde zur Beratung in den Hauptausschuss überwiesen.

DIE LINKE wird ihn ablehnen! Man darf gespannt sein, wie sich die Rathauskooperation zu dem Ansinnen eines ihrer Kooperationspartner positionieren wird.

Gegen Diskriminierung und Gewalt

„Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muss man die Umstände menschlich bilden“. Dieses Zitat von Karl Marx spricht uns als Partei DIE LINKE.Potsdam aus dem Herzen. Denn die Überwindung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“ bedeutet schließlich die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Das tun wir auch konkret in der täglichen Politik. Für uns als Stadtfraktion war es ein Bedürfnis als erste Fraktion das Team des „Leanders“ einzuladen und aktiv für den Erhalt dieses für Potsdam so wichtigen Szenetreffpunktes einzutreten. Damit kann für uns Gleichstellungspolitik aber nicht erledigt sein. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt endet häufig beim Eingang in der Schule. Stereotypische Geschlechterbilder und der Hass auf sexuell Andere bestimmen viele Schulhöfe. Das Coming Out an der Schule bedeutet für viele Jugendliche Diskriminierung und auch körperliche Gewalt. Wir fordern die Förderung der Antidiskriminierungsarbeit an Schulen. Queere Politik ist Sozial-, Familien- und Rentenpolitik. Wir gehen nicht von einer Normalität des Heterosexuellen aus. Es geht deshalb um mehr als nur um eine „Betroffenheitspolitik“ für diskriminierte Minderheiten.

Sascha Krämer für DIE LINKE.Potsdam

Stein auf Stein ... die Schulen soll'n bald fertig sein!

Die Bautätigkeit an den traditionellen Babelsberger Schulstandorten bleibt ein Dauerthema in der Stadt. Nachdem die über ein Jahr währende Auseinandersetzung um den Turnhallenbau des Erzbistums an der Marien-/Griebnitzseeschule nunmehr endlich zu einem guten Ende geführt wurde - das Erzbistum sicherte kürzlich schriftlich die Fertigstellung der neuen Halle pünktlich zum Schuljahresbeginn zu - stehen weitere Maßnahmen ins Haus.

Nach wie vor warten muss die Bruno-H.-Bürgel-Schule (Foto) auf dringend benötigte zusätzliche Räume. Nachdem sich im vergangenen Jahr herausgestellt hatte, dass die ursprünglichen Planungen den Raumbedarf der Schule nicht werten decken können, reichten natürlich auch die eingeplanten Mittel nicht aus. Nunmehr ist für die Sommerferien der Baubeginn geplant.



Der Anbau mit dem Speiseraum auf dem Hof soll aufgestockt werden - 4 neue Klassenräume entstehen dort. Zum Schuljahr 2013/14 werden sie der Schule zur Verfügung stehen.

In die „verlängerte Warteschleife“ muss dagegen der Standort der Goethe-Schule. Nachdem die Stadtverordneten in ihrer April-Sitzung die Sanierung im ÖPP-Verfahren endgültig abgelehnt hatte, muss nun der Kommunale Immobilienservice neu planen. Über ein Jahr Zeitverzögerung verursachte die Prüfung dieses Verfahrens, vor dem nicht zuletzt die LINKE immer wieder gewarnt hatte. Wir werden die Abläufe in der SVV kritisch im Auge behalten und darauf drängen, dass jetzt nicht nur zügig, sondern vor allem auch gründlich saniert wird.

Stefan Wollenberg
bildungspol. Sprecher der
Fraktion DIE LINKE in der SVV

PULS – „ein Treppenwitz“

Die fortgesetzte Einführung von PULS in bisher verschont gebliebenen Studiengängen ist ein Fehler der Universitätsverwaltung, erklärt dielinke.SDS-Hochschulgruppe Potsdam zur derzeitigen Einschreibung über PULS. Die Kinderkrankheiten des Systems seien seit der Einführung vor sieben Jahren nicht ausgemerzt worden und belasten jetzt noch mehr Studierende.

Dazu erklärt David X. Noack, Mitglied des Studierendenparlaments für dielinke.SDS: „Die Notwendigkeit, sich für die eigenen Klausuren in Bereichen anderer Fakultäten anmelden zu müssen, die Unfähigkeit des Systems, auf kleinteilige Probleme zu reagieren, die intransparente Vergabe von Plätzen in Veranstaltungen und gar das unautorisierte Löschen von Daten erfordern die Aussetzung der Nutzung von PULS!“

Die bestehenden Mängel erweisen sich als Treppenwitz der Geschichte, war doch die Einführung von PULS als Verwaltung des Mangels an Lehrveranstaltungen gedacht - jetzt ist das System aus Geldmangel selbst zum Hindernis für Verwaltung und Studierende geworden.

Sieben Jahre Projekthaus Potsdam

Auch im siebenten Jahr seines Bestehens gibt es im Projekthaus Babelsberg wieder viele neue Entwicklungen. Kurz vor Jahresende konnte ein weiteres Haus in der Nachbarschaft erworben werden, um Projektaktiven durch soziale und v. a. stabile Mieten gesellschaftliches Engagement zu ermöglichen - ein Ansatz, der in Potsdam bei stark steigenden Mieten durch falsche Investorenpolitik dringend notwendig ist. In den kommenden Jahren soll ein weiteres Wohnhaus in ökologischem Standard errichtet werden. Damit soll gezeigt werden, dass es weit unter einem qm-Preis von 2000 Euro möglich ist, ökologisch und sozial zu bauen.

Seit Juni 2011 bietet das Projekthaus ein Qualifikationsprojekt für MigrantInnen an. Bei den Handwerks- und Sprachkursen steht im Mittelpunkt, den TeilnehmerInnen zu ermöglichen, ihre Aus-

und Weiterbildung fortzusetzen und/oder sich auf den (Wieder-) Einstieg in Ausbildung und Beruf vorzubereiten. Die Kurse sind sehr vielfältig und reichen von Holzbearbeitung, Kochen, Gärtnern, Fahrräder reparieren, Video/Computerkurs bis hin zum Nähkurs. Das Projekthaus bietet auch viele weitere Integrationsmöglichkeiten: Einen offenen Treff, verbunden mit gemeinsamem Mittagessen, ein Außen-

gelände für Freizeitangebote sowie regelmäßige internationale Projekte und Themenabende. Außerdem können Beratungen bei asylrechtlichen Fragen, Bewerbungen für Ausbildungsplätze



Projekt „Wohnhaus Neubaumodell“

usw. vermittelt werden. Die nächste Phase beginnt am 3.5. und dauert bis zum 19.7.2012. Dafür suchen wir noch interessierte TeilnehmerInnen. (Kontakt: qualiprojekt@projekthaus-potsdam.de)

Nachdem der Förderverein des Projekthauses über mehrere Jahre Europäischen Freiwilligendienst für junge Erwachsene anbot, kann der Freiwilligendienst nun auch Menschen über 50 Jahren zuteil werden. „Mob-Dig“ ist ein deutsch-französisches Projekt für Menschen über 50 Jahre, welches sich den internationalen Austausch von Freiwilligen zwischen Frankreich und Deutschland zur Aufgabe gemacht hat. In Zusammenarbeit mit dem Verein „Pistes Solidaire“ in Marseille sollen die sogenannten „Senior-Freiwilligen“ sich mit dem Thema Mehrgenerationenhaus beschäftigen, Erfahrungen sammeln und durch einen internationalen Austausch diese weitergeben.

Informationen zu weiteren spannenden Projekten wie dem „Urban Gardening“ - einem Projekt, das sich mit städtischem ökologischen Gärtnern, Selbstversorgung und gemeinsamen Netzwerken beschäftigt, sind unter www.foerderverein-inwole.de zu finden.



Projekt „Urbanes Gärtnern“

Wahlkampf an der Uni – gleiche Rechte gefordert

Bald ist es wieder so weit. Wie jedes Jahr wird das Studierenden Parlament - kurz Stupa - gewählt, welches dann den Allgemeinen Studierenden Ausschuss - kurz AstA - bestimmt. Stark vereinfacht sind Stupa und AstA mit Bundestag und Bundesregierung vergleichbar. Die politischen Einflussmöglichkeiten dieser studentischen Selbstverwaltung sind aber im Vergleich zu den Gremien auf Bundesebene unglaublich gering, so dass ihre Sinnhaftigkeit von vielen Studierenden hinterfragt wird.

Einiges kann die Arbeit des AstAs in den Gremien der Hochschule dennoch erreichen. Sie hat schon so manche absurde - gar studierendenfeindliche - Regelung in Studienordnungen verhindert, die Uni deutlich energiesparender gemacht

oder aber gute Kulturangebote mit und für Studis angeboten. Dies alles erreicht aber keine Breitenwirkung in der Studierendenschaft - eine Wahlbeteiligung von nur knapp über 10% ist dafür ein deutliches Indiz.

Gleichzeitig wird der Senat der Hochschule gewählt, das eigentliche Machtzentrum der Uni. Hier ist die Studierendenschaft, wie auch in anderen Gremien der Verwaltung, nur durch zwei studentische VertreterInnen repräsentiert - mit einer Mehrheit von Dozierenden gegen sich. Eine demokratische Mitwirkung der Mehrheit der „Bevölkerung“ der Hochschule findet so nicht statt. Diese Schiefelage ist nach Ansicht der Hochschulgruppe dielinke.SDS das eigentlich ausschlagende Element der gerin-

gen Wahlbeteiligung und hier setzen auch unsere Forderungen an:

Eine Änderung des Landeshochschulgesetzes bezüglich der Besetzung von Gremien. Wir fordern eine Besetzung zu je einem Viertel aus ProfessorInnen, Studierenden, Angestellten und Akademischem Mittelbau, die dann auch die gleichen Rechte innehaben.

Wir fordern eine Ausfinanzierung der Hochschulen im Land, die überfüllte Hörsäle und zu wenige Seminare unmöglich macht und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen eine Existenz über Hartz-IV-Niveau ermöglicht, sowie die Abschaffung aller Studiengebühren - so called „Verwaltungsgebühren“. Außerdem treten wir für ein Verbot jeglicher Forschung und Lehre mit und durch Militärs

an Hochschulen ein. Diese landespolitischen Themen konnten trotz Rot-Rot und wegen Ministerin Kunst noch nicht zufriedenstellend bearbeitet werden.

Auf Bundesebene fordern wir die Einführung eines bedingungslosen BAfögs für alle Studien statt unsinniger und teurer Exzellenzinitiativen. Desweiteren ist eine Reform der Bachelor-Master-Studiengänge, die dann erst studierbar werden und den Ansprüchen der Initiatoren des Bolognaprozesses (Europaweite Vergleichbarkeit, einfache Auslandssemester etc.) gerecht werden. Auch muss für alle BachelorabsolventInnen eine ausreichende Zahl an Masterplätzen zur Verfügung gestellt werden.

Wer wir sind und was wir wollen

Linksjugend [‘solid] Potsdam: Gegen Unterdrückung „und den ganzen anderen Scheiß!“

Wir sind eine neue Gruppe in Potsdam, bestehend aus SchülerInnen, Studierenden, PraktikantInnen, jungen Erwerbstätigen und Erwerbslosen und engagieren uns gemeinsam gegen die großen und kleinen Ungerechtigkeiten des Alltags. Linksjugend [‘solid] ist unsere Plattform, wo junge Menschen selbst Politik machen können – egal, ob sie schon länger dabei sind oder neu einsteigen wollen. Wir kämpfen gegen Nazis, SexistInnen, die ganze Hartz-IV-Kacke und Umweltzerstörungen und für selbstbestimmtes Lernen und Leben fernab von Verwertungszwängen und Leistungsdruck. Wir greifen ein, denn die Gestaltung unseres Lebens wollen wir nicht Anderen überlassen. Unser Kampf gilt offensichtlichen sowie weniger sichtbaren Herrschafts- und Unterdrückungsver-

hältnissen, unter denen wir und andere zu leiden haben.

Bundeswehr raus aus den Schulen

Nicht erst seit der Umstellung der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee versucht sie vermehrt, junge Leute in Schulen, auf Ausbildungsmessen oder auch in ganz vielen anderen Lebensbereichen anzusprechen und für den Beruf „Soldat“ und für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu werben. Im März verteilten wir darum bereits vor dem Einstein-Gymnasium und der Lenné-Gesamtschule Brottüten prall gefüllt mit Infomaterial zur Bundeswehr an Schulen. Da sich die Bundeswehr im April und Mai an zwei Potsdamer Schulen ankündigte, wollen wir auch weiterhin die An-

wesenheit der Bundeswehr in Potsdam mit kreativen Aktionen kritisch begleiten und SchülerInnen vor Ort über die Bundeswehr aufklären. Denn die Bundeswehr ist keineswegs ein normaler Arbeitgeber. Sie ist ein aggressiver Akteur in Kriegen, in denen rücksichtslos für die Interessen der Konzerne Menschen ermordet und deren Lebensgrundlage entzogen werden.

Blockupy Frankfurt

Zu Blockupy Frankfurt am Himmelfahrtswochenende vom 17. bis 19. Mai 2012 wollen wir einen Bus aus Potsdam organisieren. Wir sind damit Teil eines Bündnisses u.a. mit Attac, der interventionistischen Linken, über Occupy-AktivistInnen, UmsGanze bis hin zur Partei DIE LINKE, Grüner Jugend und inter-

nationalen AktivistInnen. Am 17. Mai (Donnerstag, Feiertag) wollen wir gemeinsam mit Tausenden die zentralen Plätze in der Innenstadt mit Zelten, Soundsystemen und allem, was uns noch einfällt, besetzen und buntes wie vielfältiges Leben auf die Straße bringen. Von dort aus werden wir am Morgen des 18. Mai (Freitag) massenhaft und öffentlich angekündigt die symbolträchtige Innenstadt blockieren und sie mitsamt der Europäischen Zentralbank als Teil der Troika lahmlegen. Am 19. Mai (Samstag) nehmen wir an der zentralen Großdemo durch Frankfurt teil. Das breite Bündnis organisiert drei Tage Action, Selbstermächtigung und Rückeroberung des öffentlichen Raumes. Wir leben drei Tage Protest, Widerstand und Ungehorsam für die Demokratisierung aller Lebensbereiche statt Armut, Fremdherrschaft und Existenzangst durch den Kapitalismus und seine Krisen.

Selber machen! Mit machen! Kapitalismus kaputt machen!

Egal, ob Mitglied im Jugendverband, bei der Partei DIE LINKE oder nirgendwo, egal, ob 14 oder 28, egal ob Männlein oder Weiblein oder auch was ganz anderes, egal, ob SchülerIn, Studi oder Azubi, Hauptsache ist, dass du Bock hast, gemeinsam mit uns aktiv zu werden und die Welt zu verändern. Wir treffen uns einmal wöchentlich in der Geschäftsstelle der Linksjugend [‘solid] in der Alleestraße 3 Potsdam. Wenn du Lust hast mitzumachen, schau auf unserer Internetseite solidpotsdam.blogspot.de vorbei oder schreib uns einfach eine E-Mail an potsdam@linksjugend-solid-brandenburg.de. Wir freuen uns auf dich und deine Ideen!

Juliane Pfeiffer
Linksjugend [‘solid] Potsdam



Pfingsten am Werbellinsee

Zum 20. Mal: Pfingsten mit DIE LINKE vom 25. bis 28. Mai 2012 in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof: Jeden Abend Tanz in der Sporthalle bis in die Morgenstunden. Großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest, Fußball und Volleyballwettkämpfe. Politische Talkrunden im Zelt, am Strand zu aktuellen Themen, Gemischt mit Musik und Tanz, Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen. Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne ND-live.

Versorgung: Halbpension – für »Zwischendurch« stehen mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit.

Bitte meldet Euch bei den Landesvorständen verbindlich an!

DIE LINKE.Landesvorstand Brandenburg Alleestraße 3, 14469 Potsdam, Telefon: 0331 20009-0

Telefax: 0331 20009-10
lothar.hoffmann@dielinke-brandenburg.de

www.dielinke-brandenburg.de

Die Organisatoren haben geplant, eine kleine **Festzeitung** und eine Ausstellung mit 20 Jahren »Pfingsten mit der LINKEN« zu gestalten. Dazu benötigen wir Eure Hilfe: Wir freuen uns über Bilder, Einladungen, Plakate von den Veranstaltungen ab 1992 (noch in Markgrafenheide), eigene Erlebnisberichte oder Niederschriften zu netten Episoden – alles was 20 Jahre ausgemacht hat.

Bitte sendet die Dokumente an: Andreas Fährmann, DIE LINKE.LV Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin oder per Mail an:

andreas.faeermann@die-linke-berlin.de Macht mit! Aktuelle Infos zum Programm unter www.die-linke.de

Bauaufsicht gewährt Archiv weitere Nutzung unter Auflagen

Die Landeshauptstadt Potsdam hat die Nutzungserlaubnis für das soziokulturelle Zentrum Archiv in der Leipziger Straße bis zum 31. Dezember 2012 verlängert. Ursprünglich wäre die vorübergehende Erlaubnis aufgrund von Brandschutzmängeln am Haus im Frühjahr 2012 ausgelaufen. Da eine Lösung für die Finanzierung der Sanierung in den nächsten Wochen erwartet wird, hat die Untere Bauaufsicht der weiteren Nutzung bis zum Jahresende unter Auflagen zugestimmt. Auflagen sind beispielsweise, dass nicht

mehr als 150 Personen gleichzeitig im Haus sein dürfen und der Verein als Betreiber des Hauses bei Veranstaltungen zwei Brandsicherheitswachen, die von der Feuerwehr geschult sind, aufstellen muss.

Das Archiv existiert seit 1994 und wird seit 1997 vom Archiv e.V. betrieben. Die Stadtverordnetenversammlung hatte im Jahr 2008 beschlossen, dass das soziokulturelle Zentrum erhalten bleiben soll. Bereits im ersten Quartal 2011 erfolgte die Genehmigung des Bauantrages. Dadurch ist die Voraussetzung ge-

geben, dass mit der brandschutztechnischen Sanierung des Gebäudes begonnen werden kann. Die erteilte Baugenehmigung bildet zudem die Grundlage für die dauerhafte Nutzung des Gebäudes in der Leipziger Straße 60 zu Zwecken des Archiv e.V.

Die Landeshauptstadt hat bislang 625.000 Euro für die Sanierung und zur Erfüllung der Brandschutzauflagen in den städtischen Haushalt eingestellt, weitere circa 400.000 Euro sind für die kompletten Arbeiten notwendig. Dem Verein ist

seitens der Stadt Potsdam angeboten worden, das Grundstück mit einem langfristigen Vertrag übertragen zu bekommen beziehungsweise kaufen zu können. Damit könnte der Verein die nötigen finanziellen Mittel, beispielsweise mit einem Bankdarlehen, aufbringen, um die Sanierung und damit den langfristigen Erhalt des soziokulturellen Zentrums am Standort abzusichern. Der Verein hat sich zwei Monate Zeit erbeten, um über das Angebot der Stadt nachzudenken.

Fragwürdige „Toleranz“ gegenüber Neonazis

„Junge Nationaldemokraten“ treffen sich im Hotel „Jägerhof“ in Seddin

Wie einer E-Mail, die uns am 02.03.2012 erreichte, zu entnehmen ist, soll am Freitag, dem 24.02.2012, im Seddiner Hotel „Jägerhof“ (Leipziger Str. 2, Seddin) eine Veranstaltung der „Junge Nationaldemokraten“ Potsdam (JN) stattgefunden haben. Die JN gelten als Jugendorganisation der neonazistischen NPD und sind in Potsdam eng mit der Neonazikameradschaft „Freie Kräfte Potsdam“ verbunden.

Das war nicht das erste Neonazitreffen im „Jägerhof“. Bereits im Frühjahr 2011 hielt der NPD-Kreisverband Havel-Nuthe dort seine Jahreshauptversammlung ab. Da der dafür verantwortliche Hotelier Frank Widera, eigenen Angaben zufolge, „kein Problem“ mit Neonazis als Gästen hat, können wir davon ausgehen, dass solcherlei Events auch zukünftig in seinem Hotel Räumlichkeiten finden werden. Auch wenn Neonazis „nett und freundlich“ gegenüber anderen auftreten, darf das nicht als Entschuldigung und Rechtfertigung für die Bereitstellung von Infrastruktur für eben jene Zusammenhänge gelten. Völkische und neonazistische Ideologie kann durch Wideras Handeln unwidersprochen propagiert und verfestigt werden. Durch seine „Toleranz“, gegenüber der neonazistischen Szene bietet er ihnen Rückzugsräume und hilft dabei, eine neonazistische Struktur in der Stadt und im Umland aufzubauen.

<http://arpu.blogspot.eu>

Thomas Pecht: Volkssport für die „Volksgemeinschaft“?

In den letzten Wochen hat in Potsdam der Neonazi Mario Schober durch sein „sportliches Engagement“ in verschiedenen Sportvereinen der Landeshauptstadt für Aufsehen gesorgt (PaS, April 2012, Seite 11). Er ist aber nicht der einzige, dem diese Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Auch der Potsdamer Thomas Pecht, der seit mittlerweile acht Jahren in der Neonaziszene der Landeshauptstadt aktiv ist, treibt in seiner Freizeit Sport. Momentan spielt er Fußball in der zweiten, gelegentlich auch in der ersten, Männer-Mannschaft von „Eintracht Babelsberg 90“. Dies tut er in diesem Verein seit dem Sommer 2007. Davor spielte er für die zweite Männer-Mannschaft der „Potsdamer Sport-Union 04“.

Thomas Pecht, der auch zu den Gründungsmitgliedern der „Junge Nationaldemokraten“ (JN) Potsdam zu zählen ist, war es, der ab September 2008 die Turnhalle des Schiller Gymnasiums in Potsdam Drewitz wiederholt anmietete. Gegenüber dem Schulleiter gab Pecht an, lediglich Fußball spielen zu wollen. Doch Fußball ist für den Neonazi Thomas Pecht kein reiner Zeitvertreib, sondern eine Aktivität, die sich gut in (s)eine neonazistische Ideologie integrieren lässt. Dies ist einem Statement der Potsdamer „JN“ vom 25.11.2008 zu entnehmen: „Da es in Potsdam

für nationale und andere Jugendliche keinerlei Perspektiven gibt, wir aber eine aufstrebende Jugendbewegung sind, treffen wir uns schon seit ein paar Monaten zum Fußball. Ganz entgegen der BRD-Trägheit wollen wir die müden Knochen in Schwung bekommen und den Körper und Geist in Form bringen. Fußball fördert die

Gemeinschaft und ist gut für die Gesundheit.“

Jedoch wurde die Halle offensichtlich auch anderweitig genutzt. So zum Beispiel am 09.11.2008, als Thomas Pecht gemeinsam mit zahlreichen weiteren Neonazis die Gründungsveranstaltung des „Stützpunktes“ der „JN Potsdam“ feierte. Die „PNN“

titelten diesbezüglich: „Neonazi-Feier zur Pogromnacht“. Hierbei soll nach Informationen der Zeitung ein ehemaliger Waffen-SS-Angehöriger eine Rede gehalten haben. Auch das Lied „Ein junges Volk steht auf“, ein Propagandalied der Hitlerjugend, soll von den anwesenden (Neo-)Nazis gesungen worden sein.

Pecht leistet so genannte „Anti-Antifa“-Arbeit. Der von Neonazis geprägte „Anti-Antifa“-Begriff ist Ausdruck einer Einstellung, die politische GegnerInnen gezielt in den Fokus nimmt und sie zu bedrohen und einzuschüchtern versucht. Erst im Dezember vergangenen Jahres wurden vermeintliche TeilnehmerInnen einer Demonstration gegen Neonazis in Potsdam-Waldstadt abgefilmt und die Bilder später auf der Neonazi-Website und Sprachrohr der „FKP“, dem „Infoportal-Potsdam“, veröffentlicht.

Es ist unerträglich, dass ein Neonazikader wie Thomas Pecht (Foto) seit Jahren in Ruhe in verschiedenen Fußballvereinen spielen kann. Wie im Fall von Mario Schober sind auch in diesem die entsprechenden Stellen angesprochen, verantwortungsvoll zu handeln und Konsequenzen folgen zu lassen.

Antifaschistische Recherche Potsdam//Umland
arpu.blogspot.eu



Nazis für Brandenburg weiter gefährlich

Zum Ende März 2012 vorgestellten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011

Die Zahl der rechtsextrem eingestellten Personen ist mit 1.150 in Brandenburg weiter sehr hoch. Auch wenn die DVU als Organisation offiziell nicht mehr existiert und die NPD derzeit keine landesweiten Strukturen unterhalten kann, ist die Gefahr nicht kleiner geworden. Diese Gruppen handeln besonders aggressiv gegen Anders Aussehende und Anders Denkende. Es bleibt die Aufgabe der Zivilgesellschaft, der Polizei, der Gerichte und der Kommunen, Nazis nicht zu dulden. Der Verfassungsschutzbericht stellt fest, dass die NPD eine deutliche Wesensverwandtschaft mit der NSDAP aufweist und in bestimmten Regionen mit den nationalsozialistischen „Freien Kräften“ gemeinsam agiert. Aus aufgelösten Kameradschaften entstehen neue Gruppierungen. Das ist insbesondere bei der Vorbereitung von angemeldeten und auch nicht an-

gemeldeten Aktionen in mehreren Orten Brandenburgs zu erkennen. Dass dazu verstärkt das Internet genutzt wird, erfordert auch von uns neue Strategien gegen rechtes Gedankengut. Der vorliegende Verfassungsschutzbericht zeigt, dass wir mit genau diesen Bemühungen nicht nachlassen dürfen. Die Anstrengungen der Partner des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg gehen in die richtige Richtung. Stärkung der Zivilgesellschaft durch Aktionen für kulturelle Vielfalt und tolerantes Miteinander, Aufklärung zu den verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und des von den „Freien Kräften“ betriebenen Rechtspopulismus besonders in den ländlichen Räumen sind nur einige Beispiele, die in Brandenburg immer mehr an Bedeutung gewinnen müssen.

Bettina Fortunato, Sprecherin für ein Tolerantes Brandenburg

„Verfassungsschutz, Verfassungsrisiko“

„Junge LINKE im Gespräch“/Eine Kooperationsveranstaltung mit der RLS

Der 1950 gegründete Verfassungsschutz Deutschlands wirft immer neue Fragen auf. Der einst als „Bollwerk gegen den Kommunismus“ gegründete „Geheimdienst im Innern“ der BRD zu Zeiten des Kalten Krieges hat spätestens 1990 schlicht seinen Gründungszweck verloren. Nahe läge doch demnach, diesen aufzulösen? Das Bollwerk zeigt sich äußerst widerstandsfähig. Richtet es sich inzwischen gegen die, die es schützen sollte, die Menschen in Deutschland? Wer und was verdächtig ist, scheint ziemlich willkürlichen Kategorien zu folgen. Kategorien wie politisches Engagement, Nationalität, Wissenschaftsbereich, Reisevorlieben oder Bekanntschaften.. Was muss ein Mensch tun, um vom Verfassungsschutz verdächtigt zu werden?

Auch Personen der NPD und ihrer Splittergruppen stehen unter Beobachtung des Geheimdienstes, oder sollte man besser schreiben, „auf

dessen Gehaltsliste“? Das mörderische Treiben der NSU stellt wohl den widerlichen Höhepunkt der Nazi-Aktivitäten im Deutschland der Gegenwart dar. Wo war da eigentlich der Verfassungsschutz? Was macht der denn gegenwärtig genau? Warum verhindert er faktisch das Verbot der NPD? Wenn er keinen Sinn macht, wieso wird er denn nicht abgeschafft? Oder, wie kann sich der Mensch im Zweifelsfall vor dem Verfassungsschutz schützen?

Diesen und weiteren Fragen widmet sich seit vielen Jahren unser Referent Friedrich Burschel von der Akademie für Politische Bildung, Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit. **Also vormerken: „Verfassungsschutz, Verfassungsrisiko“, Vortrag und Diskussion, Referent: Friedrich Burschel. Ort: Archiv Leipziger Str. 60, Termin: 22.05.2012, Zeit 18-21:00 Uhr, Moderation: Matthias Lack**

NS-Opferverbände einbeziehen

Streit um die Lindenstraße 54/55 – Hintergründe zu den aktuellen Auseinandersetzungen

Seit 1995 trägt die „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ ganz antitotalitär die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und autoritärer Herrschaft in der SBZ/DDR im Namen. Im öffentlichen Bewusstsein ist sie seither nur als „Stasigedenkstätte“ präsent.

Ignoriert wurde, dass es sich hier um einen wichtigen Ort der NS-Justizgeschichte handelt, als Tagungsstätte des Erbgesundheitsgerichtes und Untersuchungsgefängnis des Volksgerichtshofes (nicht, wie oft geschrieben wird: des „Potsdamer Volksgerichtshofes“, als ob jede Stadt mittlerer Größe im „Reich“ einen solchen besessen hätte, sondern des „Volksgerichtshofes“).

So dämmerte die Gedenkstätte jahrelang am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit dahin. Den Anstoß für die aktuellen Auseinandersetzungen um die Lindenstraße 54/55 gab die Entscheidung der rot-roten Landesregierung vom Oktober 2011, die Gedenkstätte mit jährlich 300.000 Euro zu fördern. Ergänzend beschloss die Stadt Potsdam eine Förderung in gleicher Höhe. Ohne vorherige Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung und ohne Einbeziehung der NS-Opferverbände zog Potsdams OBM Jakobs die Zuständigkeit für die Lindenstraße an sich und ließ verkünden, dass künftig eine kommunale Stiftung als Träger der Gedenkstätte fungieren würde. Ergänzend zauberten Prof. Hans-Hermann Hertle vom Potsdamer Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung (ZZF), Brandenburgs „Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“, Ulrike Poppe, und die bisherige Koordinatorin der Gedenkstätte, Gabriele Schnell, ein Konzept für die zukünftige Arbeit der Gedenkstätte aus

dem Hut. Auch dieses war ohne Einbeziehung der NS-Opfer oder mit der NS-Geschichte vertrauter Fachhistoriker zustande gekommen.

Erst auf Druck u.a. der Brandenburger VVN-BdA, der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz und des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten sah sich Potsdams Stadtspitze gezwungen, so etwas wie eine öffentliche Diskussion um die Zukunft der Gedenkstätte zu simulieren. Doch wie üblich, wenn man in Potsdam Demokratie und Mitbeteiligung inszeniert, stehen die Ergebnisse schon vorher fest. Diese werden inhaltlich anscheinend durch das Trio Hertle/ Poppe/Schnell bestimmt.

Deren Interessen liegen auf der Hand. Schnell möchte wahrscheinlich gern fest angestellt werden, am liebsten als zukünftige Leiterin der Gedenkstätte. Poppe muss mit ihrer neugeschaffenen Behörde Ergebnisse liefern. Eine öffentlichkeitswirksame antitotalitäre Propagandastätte im Zentrum Potsdams kommt ihr da gerade recht. Und auch das Engagement von Prof. Hertle dürfte nicht völlig frei von persönlichen Interessen sein. Er spielt als Stichwortgeber Schnells und als maßgeblicher Verfasser des Konzeptes eine zentrale Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen. Besondere Kompetenzen hinsichtlich der Justizgeschichte des 3. Reiches hat er bisher nicht nachgewiesen.

Gern bezeichnet er die Lindenstraße 54/55 als „Potsdamer Haus des Terrors“. Diese Formulierung spielt auf das berühmte „Haus des Terrors“ in Budapest an, eine antitotalitäre und nationalistische Propagandastätte ersten Ranges. Sie dürfte bewusst gewählt sein,

der VVN-BdA statt, mit der gegen die antitotalitäre Instrumentalisierung des Gedenkortes protestiert wurde.

Gegen die von der VVN-BdA vorgeschlagene Eingliederung der Lindenstraße in die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten ar-



hat Hertle doch 2002 einen Artikel eben über das Budapest „Haus des Terrors“ veröffentlicht. NS-Verfolgtenverbände und antifaschistische Organisationen bezeichnet er schon mal als „Splittergruppen“, denen kein Gehör zu schenken sei.

Dass die Mehrheit der Potsdamer Stadtverordneten diese Entwicklung mitträgt, verwundert nicht, ist der Antitotalitarismus doch Staatsdoktrin in der BRD. Schade jedoch ist, dass sich die Potsdamer Linkspartei dieser Doktrin zu beugen scheint. Dass Sascha Krämer sich am 27. Januar bei der Potsdamer Presse über antitotalitäre Auslassungen Jakobs' bei der Gedenkfeier im Hof der Lindenstraße beschwerte, geschah zu recht. Gleichzeitig fand auf der Straße vor der Lindenstraße eine alternative Gedenkveranstaltung

gumentieren Jakobs und Hertle gern mit Verweis auf die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte in der Leistikowstraße. Ein verräterischer Hinweis, sind die mittlerweile in einem gewaltsamen Angriff auf die dortige Gedenkstättenleiterin gipfelnden Auseinandersetzung doch darauf zurückzuführen, dass anscheinend ein Teil der dort aktiven antitotalitären Organisationen eine wissenschaftliche Überprüfung ihrer Geschichtsbilder nicht dulden will.

In dieser Situation ist daran zu erinnern, dass 50% des künftigen Budgets der Gedenkstätte Landesmittel sind. Getreu dem Motto, wer die „Kapelle bezahlt, bestimmt, was gespielt wird“ sehen wir hier ganz klar die Landesebene der Linkspartei in der Pflicht.

Marek Winter,
VVN-BdA Potsdam

„Wie konnte das geschehen? Mitmachen, verdrängen, verschweigen“

4. Antifaschistischer Filmtag, 8. Mai 2012, Thalia Programmkinos, Potsdam-Babelsberg. Eintritt frei! Ausführliches Programm unter: www.thalia-potsdam.de Filme: „Die Kriegerin“ (2011), „Stielke, Heinz, Fünfzehn“ (DEFA, 1985), „Der gute Vater. Eine Tochter klagt an“ (2003), „Zur falschen Zeit am falschen Ort“ (2005). Veranstaltet von VVN-BdA Brandenburg. Gefördert aus Lottomitteln der Ministerin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Anita Tack.

Initiative für ein Gedenken an die Opfer des NS-Terrors in der Lindenstraße 54/55

Der Initiativkreis, dem u.a. die VVN-BdA Brandenburg angehört, hat sich zur Aufgabe gemacht, einen würdigen Gedenkort am authentischen Ort - nicht im Hof der Lindenstraße, sondern vor dem Eingang der heutigen Gedenkstätte - zu schaffen. Zur künstlerischen Gestaltung soll ein offener Wettbewerb ausgeschrieben werden. Dazu werden 20.000 Euro benötigt.

Spendenkonto: GLS Bank // BLZ 430 609 67 // Konto 110 28 61 500 // Kennwort: Lindenstraße

Mehr Infos und aktuelle Artikel zur Auseinandersetzung um das Gedenken in der Lindenstraße 54/55 unter: www.brandenburg-vvn-bda.de.

Keine Gleichsetzung des Gedenkens

Im Januar 2012 veröffentlichte der Arbeitskreis der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin und Brandenburg einen offenen Brief an die Regierenden Berlins und des Landes Brandenburg. Darin setzen sich die Unterzeichner kritisch mit der Einführung eines Europäischen Gedenktages für die „Opfer aller totalitären und autoritären Regime“ am 23. August, dem Datum des Hitler-Stalin-Paktes, auseinander. Sie wenden sich im Sinne des „Vermächtnis“ der Überlebenden“



Pressekonferenz des Internationalen Auschwitzkomitees zur Übergabe des Vermächtnisses „Erinnerung bewahren - authentische Orte erhalten - Verantwortung übernehmen“ am 26. Januar 2009 in der Berliner Akademie der Künste. V.l.n.r.: Marian Turcki, Jack Terry, Noach Flug, Christoph Heubner, Sam Bloch, Pierre Gouffault.

Foto: Boris Buchholz, Quelle: <http://www.auschwitz.info/>

der nazifaschistischen Verfolgung gegen die Gleichsetzung unterschiedlicher Epochen und damit gegen die Gleichsetzung des Gedenkens. Anlässlich des alternativen Gedenkens am 10. März 2012 an die über 4.200 Menschen, die in der Lindenstraße zur Zwangssterilisation verurteilt wurden, verlas ein Vertreter der VVN-BdA Potsdam diesen Brief.

Der offene Brief ist in der aktuellen Ausgabe des Rundbriefes der VVN-BdA Brandenburg (Katjuscha Nr. 6, S. 18f.) abgedruckt und kann online abgerufen werden unter: <http://www.orte-der-erinnerung.de/>.

Sudoku

				1	5		7
		1		6			2 4
4 2				8			
		9				4	2
	2	6		4	1		
5 9				3			
		8				5	1
3 7			1	2			
6	8 5						

Auflösung April

5	6	1	9	2	4	7	3	8
8	3	4	5	1	7	9	6	2
2	9	7	8	3	6	5	1	4
4	5	3	2	6	8	1	7	9
1	8	2	7	5	9	6	4	3
6	7	9	3	4	1	8	2	5
3	1	6	4	8	5	2	9	7
7	4	8	6	9	2	3	5	1
9	2	5	1	7	3	4	8	6

Wie weiter mit dem Verkehr in Potsdam?

Am Mittwoch, dem 28. März, luden der Kreisverband der LINKEN Potsdam und Anita Tack zum öffentlichen Gespräch über den Entwurf des neuen Stadtentwicklungskonzepts Verkehr der Landeshauptstadt ein. Bernd Kahle und Dirk Volkmann vom Bereich Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung der Stadtverwaltung stellten den Entwurf vor und standen in der anschließenden Diskussion Rede und Antwort. Das Konzept orientiert auf die weitere Stärkung des Umweltverbundes aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Personennahverkehr. Indem dafür die Bedingungen verbessert werden, sollen mehr Autofahrer zum Umsteigen bewegt werden. Von den sehr interessierten Teilnehmern der

Veranstaltung wurde u.a. die Frage gestellt, warum in dem Konzept das Ziel eines kostenlosen Nahverkehrs nicht vorkommt. Die Antwort,

dass es sich dabei um eine politische und weniger um eine verkehrliche Frage handele, bedarf sicherlich noch weiterer Diskussionen. Auch

beim Problem der „Dosierung“ der Verkehrsströme mit Hilfe von Ampeln vor von Feinstaub- und Lärmbelastungen gefährdeten innerstädtischen Straßenabschnitten war Skepsis, aber auch die Erwartung erster Ergebnisse zu spüren. Anita Tack konnte feststellen, dass es zwischen dem vorgestellten Entwurf und den Programmen der LINKEN zu den Kommunal- und Landtagswahlen 2008 und 2009 viele Berührungspunkte gibt. Das Konzept wird in den kommenden Wochen auf weiteren Veranstaltungen, nicht nur der LINKEN, vorgestellt und diskutiert. Es ist auch im Internet unter www.potsdam.de zugänglich.

Text/Foto: Klaus-Uwe Gunold



„Verfluchter Frühling“

Gemeinsam mit dem Potsdamer Rotfuchs Förderverein, dem Berliner- und Brandenburger Freidenkerverband, DIE LINKE.Potsdam und der Kommunistischen Plattform zeigen wir den Film „Verfluchter Frühling“ („Maledetto Primavera“) von Fulvio Grimaldi in

deutscher Sprache. Grimaldi war während der Bombardierung durch die NATO in Libyen und hat diese sensationellen Aufnahmen mitgebracht.

Dieser Film wird im Raum Brandenburg - Berlin zum ersten Mal gezeigt. Wir wollen über die ver-

gangenen und kommenden NATO-Aggressionen und Regime-Change-Operationen diskutieren. Was können wir tun? Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien? Iran? Russland? China? **An alle Menschen auf der Welt: Euer Schweigen heißt Ja!!**

SONNABEND, 19. Mai 2012, 14.00: Film + Diskussion: „VERFLUCHTER FRÜHLING“ (in deutscher Sprache) Fulvio Grimaldi (Original: „Maledetto primavera“) in der Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Potsdam, Hessestraße 19 (Tram ab Potsdam Hbf. bis Puschkinallee).

Am Himmelfahrtstag ins Wildgehege



Wie in unserer März-Ausgabe angekündigt, erinnern wir an den Wanderausflug am Himmelfahrtstag (17.5.). Der Kreisvorstand der LINKEN lädt ein zu einer gemeinsamen Fahrt mit interessierten Natur- und Wanderfreunden zum Nuthe-Nieplitz-Naturpark, um im Wildgehege Glauer Tal gemeinsam einen Frühlingvormittag zu erleben. Die wählbaren Wanderstrecken zwischen 2 und 6 km erhalten ihren zusätzlichen Reiz durch Begegnungen mit dem dort frei lebenden

Wild. Die Möglichkeit zu gemeinsamem Mittagessen in der Gaststätte des Naturpark-Informationszentrums wird angeboten. Wir fahren mit einem Bus um 9.00 Uhr vom Fernbussteig vor dem Hauptbahnhof ab und werden gegen 15 Uhr dort wieder ankommen. Die geführte Wanderung kostet pro Teilnehmer 5 Euro. Für die noch verfügbaren Busplätze bitten wir um eine Voranmeldung bis zum 16. Mai über Tel. 0331/ 872933.
Hella und Rudolf Drohla

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Donnerstag, 03.05.2012, 18.00 – 20.00 Uhr: Potsdamer Intendanten - Gerhard Meyer (1915-2002). Mit Claus Dobberke (Regisseur, Potsdam), Irmgard Mickisch (ehemalige Chefdramaturgin des Hans Otto Theaters, Potsdam) **RLS

Freitag, 04.05.2012, 18.00 Uhr: „DIE LINKE trifft... SPD“. Ein Dialogauftakt. Referent: Mike Schubert. Unterbezirksvorsitzender der Potsdamer SPD. Ort: Geschäftsstelle, Dortustraße 53

Sonabend, 05.05.2012, ab 14.00 Uhr: Stunde der Musik: „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“. Livekonzert der besonderen Art mit dem Duo „Turlough“.*

Sonntag, 06.05.2012, 10.00 Uhr: Frühschoppen „Rathausreport live“ im Bürgerhaus am Schlaatz, Schilfhof 28, Stadtteil Schlaatz in Potsdam

Dienstag, 08.05.2012, 17.00 – 20.00 Uhr: Der „Brandenburger Weg“. Schritte zu einem parlamentarischen Rechtsstaat im Land Brandenburg. Mit Gerrit Große (Vizepräsidentin des Brandenburger Landtags und Bildungsexpertin der Fraktion DIE LINKE, Oranienburg), Prof. Dr. Günter Behrmann (Potsdam, angefragt), Steffen Reiche (ehemaliger Bildungsminister des Landes Brandenburg), Dieter Starke (Leiter des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg/Zehdenick); Moderation: Matthias Krauß (Journalist, Potsdam) im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam **

Dienstag, 08.05.2012, 14.30 Uhr: „Spiel mir eine alte Melodie...“ Jeder Jahrgang hat seinen Wein und seine Lieder – die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister.*

Donnerstag, 10.05.2012, 18.00 bis 20.00 Uhr: Der Dokumentarfilm „Dschihad für den Kaiser“ als Beispiel für Geschichtsvermittlung in den Medien. Mit Dr. Salvador Oberhaus (Leiter des Regionalbüros Rheinland-Pfalz) **

Freitag, 11.05.2012, 08.00 – 12.00 Uhr: Ausgabe: Rathausreport Nr. 4/2012. Stadthaus, Raum 3.107 Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Freitag, 11.05.2012, ab 14.30 Uhr: Info-Stände in den Stadtteilen

Sonabend, 12.05.2012, ab 09.30 Uhr: Info-Stände in den Stadtteilen

Montag, 14.05.2012, 14.30 Uhr: „Potsdamer Anekdoten und Geschichten, Teil VIII – ein Wiedersehen mit Eva Dobrzinski-Petersein“.*

Sonabend, 19.05.2012: Film + Diskussion: „VERFLUCHTER FRÜHLING“. Norbert-Fiebelkorn-Stiftung, Potsdam, Hessestraße 19 (Tram von Potsdam Hbf. bis Puschkinallee)

Montag, 21.05.2012, 14.30 Uhr: „Eine Kreuzfahrt nach Südamerika“, Teil 5. Eine interessante Video-Reise mit Herrn Karl Kreutz.*

Dienstag, 22.05.2012, 18.00 Uhr: „DIE LINKE trifft... DIE ANDERE“. Hier soll der Diskurs aufgenommen werden, was man gemeinsam „von LINKS“ angehen kann. Referenten: Benjamin Bauer/Lutz Boede (Die Andere), Sascha Krämer (DIE LINKE). Ort Geschäftsstelle Dortustraße 53

Dienstag, 22.05.2012, 18.00 – 21.00 Uhr: „Verfassungsschutz – Verfassungsrisiko“. Mit Friedrich Burschel (RLS, Akademie für Politische Bildung, Schwerpunkt Neona-

zismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit, Berlin) im ARCHIV Potsdam. Moderation: M. Lack.

Dienstag, 22. Mai 2012, 14.00 Uhr: „Musikalischer Rätselnachmittag“ mit Manfred Bischoff.*

Freitag, 25.05.2012, 10.00 Uhr: Geld oder/UND Leben! Solidarische Ökonomie ganz praktisch und vor Ort. Moderation: Rosalind Honig (Orientierungshilfe.net, Projektkoordinatorin und Mentorin, Michendorf) **

* Seniorentreff der Dahlweidstiftung, Edisionalle im Zentrum-Ost

** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53